

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein
Dörte Schnitzler
- Gremienreferentin -

Email: doerte.schnitzler@gruene.de
Tel.: 0431/5933816
Mobil: 0176/19787016

Wilhelminenstr. 18
24103 Kiel

Betreff: AW: Umfrage-Bahnlärm

Sehr geehrter Herr Markmann,

vielen Dank für Ihre Anfrage, die ich gern auch im Namen von Konstantin von Notz und Arfst Wagner beantworte. Wie Sie wissen, stehen wir der festen Fehmarnbeltquerung sehr kritisch gegenüber. Ein sehr zentraler Aspekt für die Anwohnerinnen und Anwohner ist die Lebensqualität, die durch die Hinterlandanbindung zu sinken droht. Bahnlärm ist ein Problem in ganz Deutschland - besonders an bereits bestehenden Strecken, die nur nach Haushaltslage und ohne jeglichen Anspruch saniert werden. Hier liegen die größten Probleme. Dennoch ist es wichtig, Lärm möglichst zu verhindern, bevor er entsteht.

Sie haben uns sehr detaillierte Fragen geschickt und wir können Ihren Wunsch nach möglichst konkreten Maßnahmen verstehen. Wir müssen Sie jedoch um Verständnis bitten, dass wir als grüne Bundestagsfraktion nicht über die Expertise verfügen, um genau sagen zu können, welche der Maßnahmen wann umsetzbar ist. Gerne sichern wir aber zu, dass wir uns im Falle einer Regierungsbeteiligung für eine fachliche Prüfung der von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen beim Bundesverkehrsministerium einsetzen werden.

Unsere wichtigsten politischen Anliegen im Lärmschutz stimmen mit ihren überein:

. Wir haben im Bundesrat dafür gesorgt, dass der "Schienenbonus" bei der Berechnung des Schienenlärms deutlich schneller abgeschafft wird, als von der Bundesregierung beabsichtigt. Jetzt muss sichergestellt werden, dass dies nicht nur für Neubauten gilt, sondern auch

bei der Lärmsanierung Grundlage ist.

- . Wir wollen die Bundesmittel des Lärmsanierungsprogramms der DB AG auf 200 Mio. Euro verdoppeln.
- . Wir wollen eine Neufassung und stärkere Spreizung der lärmabhängigen Trassenpreise mit zügig wirksamen Umrüstungsanreizen.
- . Wir wollen ein Verbot der besonders lauten Graugussbremsen bis spätestens 2020.
- . Als zentrales Instrument für einen besseren Lärmschutz wollen wir einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz schaffen. Die nächste Bundesregierung soll dazu ein Verkehrslärmschutzgesetz erarbeiten. Wir wollen Gesundheitsschutz gewährleisten und Betroffenen einen Anspruch auf Ausweisung eines Lärmsanierungsgebietes gewährleisten, wenn der Gesamtlärmpegel ein unerträgliches Maß überschreitet. Die für Lärm zuständige Behörde soll dann verpflichtet sein, Lärminderungsmaßnahmen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens mit Bürgerbeteiligung zu entwickeln und umzusetzen. Auf Grundlage eines einheitlichen Bemessungsverfahrens sollen Sanierungsgebiete erfasst und nach Dringlichkeit abgearbeitet werden. Die Lärmsanierung im Mittelrheintal würde dabei in die erste Dringlichkeitskategorie eingestuft werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Valerie Wilms

--

Dr. Valerie Wilms
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fon +4930-22771682
Fax +4930-22776289
valerie.wilms@bundestag.de
www.valerie-wilms.de
<http://twitter.com/@WilmsVal>